Vom Angebot zum Sachzwang

Ist die EU »ein Akteur« mit globalem Gewicht oder ein loser Verbund einzelner Staaten? Über das getrennte Abrechnen in der kapitalistischen Konkurrenz. Vom Wim Zimmer

Als er noch Griechenlands Finanzminister war, macht sich Yanis Varoufakis bei seinen Kollegen in der Eurozone sehr unbeliebt. Denn auf den regelmäßigen Eurogruppen-Treffen der vergangenen Monate nervte der Wirtschaftsprofessor die anderen Finanzminister mit langen Vorträgen über Ökonomie, hieß es. Er sei ein Spinner und Amateur. Der Vorwurf ist bemerkenswert. Schließlich schien es in den Verhandlungen ja um Ökonomie zu gehen, um die griechische nämlich. Doch hat der ganze Prozess gezeigt: Tatsächlich ging es um etwas ganz anderes. Nämlich ums Prinzip – um die grundsätzliche Frage, wer in Europa das Sagen hat. Wer in Europa Hausaufgaben aufgibt, und wer sie machen muss.

Ein deutscher Regierungsberater: Keine Nachbesserung, »selbst wenn dies zu einer Stärkung der griechischen Wirtschaft führte«.

Im Streit zwischen der griechischen Regierung und ihren Gläubigern aus der EU und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ist es Ende Juni zum Eklat gekommen. Varoufakis und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble personifizierten die beiden unvereinbaren Pole. Unvereinbar waren sie nicht, weil der Grieche ein ökonomisch verrücktes Anliegen gehabt hätte, sondern weil Schäuble von Beginn an ein ganz anderes hatte.

Zurück zum Ausgangspunkt: Was war das Anliegen der griechischen Regierung? Als das Land vor mehr als fünf Jahren vor der Zahlungsunfähigkeit stand, weil private Anleger ihm kein Geld mehr liehen, sprangen die Eurostaaten mit Milliardenkrediten ein. Diese »Hilfe« wurde gewährt, um die Finanzstabilität und die Banken der Eurozone zu schützen. Denn man fürchtete, eine griechische Pleite würde schrittweise die Kreditwürdigkeit anderer Euroländer und am Ende der ganzen Währungsunion untergraben. So retteten die Gläubigerländer sich vor den Folgen eines griechischen Zahlungsausfalls.

Als Gegenleistung für diese Kredite wurde ein extrem hartes Sparprogramm von Athen verlangt: Steuererhöhungen, Ausgabenkürzungen, Massenentlassungen, Lohnsenkungen, Sozialabbau. Ergebnis war ein Rückgang der Wirtschaftsleistung, wie es ihn sonst nur Kriege zeitigen. Jeder dritte Grieche gilt heute als arm. Die Schuldenlast ist gestiegen, statt zu sinken.

Ausgehend davon forderte die neue Regierung in Athen ab Februar 2015 eine Rücknahme der Sparauflagen, einen Schuldenschnitt und eine Bekämpfung der humanitären Krise. Denn das Sparprogramm der Gläubiger sei gescheitert. Bemerkenswert: Dieser Befund wurde eigentlich von niemandem bestritten, auch von den Gläubigern nicht. Dennoch blieben sie unnachgiebig, gewährten keine Erleichterungen und beharrten auf einem Argument: Griechenland muss die Vereinbarungen einhalten, seine »Hausaufgaben« machen.

Deutlich drückte dies im Februar 2015 Thiess Büttner vom Wissenschaftlichen Beirat des Bundesfinanzministeriums in einem Gastbeitrag für das »Handelsblatt« aus: Eine Nachbesserung des Programms für Griechenland dürfe es nicht geben, »selbst wenn dies zu einer Stärkung der griechischen Wirtschaft führen würde«, schrieb er. »Denn das Aufkündigen der Vereinbarungen nach einer Wahl stellt jede Auflage grundsätzlich in Frage.«

Anders gesagt: Es geht nicht um den Inhalt der Vereinbarungen, sondern um ihre unbedingte Geltung. Es geht nicht um die Sinnhaftigkeit der Auflagen – ihre Einhaltung ist der ganze Sinn. Diese Haltung spiegelt die aktuelle Krise und Situation in der EU und der Eurozone wider.

Einerseits haben sich die europäischen Staaten zusammengetan, weil sie allein zu klein und schwach sind, die Ziele zu erreichen, die sie sich vorgenommen haben. Angesichts von Machtblöcken wie den USA, Russland und China stellte Außenminister Frank-Walter Steinmeier kürzlich wieder einmal klar: »Europa verfügt nur vereint über weltpolitisches Gewicht.« Auf den Euro übertragen: In der Währungskonkurrenz zum US-Dollar, zum japanischen Yen und bald zum chinesischen Renminbi müssen die Eurostaaten ihre nationalen Gelder zusammenlegen, um einen Gegenblock zu bilden.

Soweit zum politökonomischen Zweck der Konstruktion. Ihr Widerspruch jedoch bleibt: Die EU-Staaten haben nicht fusioniert. Sie sind nicht zum einheitlichen Staat geworden. Sie bleiben souveräne Nationalstaaten, die gegeneinander konkurrieren, die ihre Konkurrenzerfolge und -niederlagen getrennt abrechnen, jeder für sich. Ihre Kooperation besteht in einem gemeinsamen Regelwerk, dem sich die einzelnen Staaten unterwerfen, Souveränität abgeben, allerdings jeder Staat zu dem Zweck, einen Nutzen für sich aus dem Arrangement zu ziehen. EU wie auch Eurozone bleiben in ihrem Bestand abhängig davon, dass die Staaten diesen Regeln zustimmen. EU und Eurozone sind damit prinzipiell widerruflich.

Das Ergebnis der globalen Finanz und der Eurokrise ist eine Neuaufteilung der europäischen Staaten: in Konkurrenzverlierer, die Schuldner, und in die Gewinner, die Gläubiger. Die ab 2010 anstehende Pleite der Verlierer hätte nicht nur den Gläubigern ökonomisch geschadet. Sie gefährdete auch den Bestand der gesamten Währungsunion. Siehe Griechenland.

Diese Gefahr wurde zwar durch zwischenstaatliche Kredite und neue Regeln für Sparsamkeit und »Wettbewerbsfähigkeit« gebannt, hinterließ aber jede Menge Unzufriedenheit: Bei Geldgebern wie Deutschland existiert die Beschwerde, für die »faulen Südländer« zu zahlen. Die Schuldner wiederum sehen sich vom Ausland unterjocht, weil der Preis für die finanzielle Rettung darin besteht, dass ihnen die Gläubiger nun ihre Finanz- und Wirtschaftspolitik vorschreiben können.

»Wenn wir den Griechen Erleichterungen gewähren, dann kommen die Portugiesen, Spanier, Iren ... « Es geht also ums Prinzip – nicht um die griechische Wirtschaft oder den deutschen Steuerzahler. Foto: AFP/Angelos Tzortzinis

Beworben werden diese Auflagen für die Finanz- und Wirtschaftspolitik von ihrem Konstrukteur – der Bundesregierung – wiederum mit dem Verweis auf die Alternativlosigkeit: Ihr müsst euch dem gemeinsamen Regelwerk unterwerfen, denn auf euch allein gestellt seid ihr alle zu klein, ökonomisch wie politisch. »Europa kann in der internationalen Konkurrenz mit aufstrebenden Mächten wie China oder Brasilien nur bestehen, wenn es so wettbewerbsfähig wie Deutschland wird«, so Bundeskanzlerin Angela Merkel. Und: »Vor allem müssen wir die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit ins Zentrum unserer Bemühungen stellen. Denn nur ein wettbewerbsstarkes Europa hat Gewicht in der Welt.«

Dennoch sind bei den Eliten der europäischen Staaten Zweifel am nationalen Nutzen des supranationalen Konstrukts EU/Eurozone aufgekommen. Die partielle Souveränitätsaufgabe scheint sich nicht mehr auszuzahlen. Ergebnis ist der Aufstieg meist rechter, sogenannter »europakritischer« Parteien, die einen Austritt ihres Landes aus der EU, dem Euro fordern oder zumindest eine Änderung geltender Verträge, so wie Großbritannien. Oder eben Griechenland.

Diese Forderung untergräbt nun das, was EU/Eurozone überhaupt ausmacht: die Einhaltung der vereinbarten Verträge, die Unterwerfung autonomer, formal souveräner Staaten unter das gemeinsame Regelwerk. Dieses Regelwerk ist »Europa«. Werden die Vereinbarungen gekündigt oder verändert, schwächt dies das Gesamtkonstrukt. Jedes Stück Souveränität, das ein Staat zurückgewinnt, verliert die EU oder die Eurozone. Die Frage liegt vor: Ist die EU ein einiger Akteur mit weltpolitischem Gewicht oder ein loser Verbund einzelner Staaten? Diese Frage treibt vor allem jene Politiker um, die den anderen Staaten die gemeinsamen Regeln per Fiskalpakt und Europäischem Semester vorgeschrieben haben: die Bundesregierung. Daher warnte Schäuble: Gäbe man der griechischen Regierung nach, würde dies die »Glaubwürdigkeit des Euro« beschädigen. Oder Merkel: »Wir werden nicht unsere fiskalischen Prinzipien opfern, um Griechenland in der Euro-Zone zu halten.« Oder die Commerzbank: »Mit einem faulen Griechenland-Kompromiss wäre der Stabilitäts- und Wachstumspakt endgültig Geschichte.«

Populär ausgedrückt wird dieses Dilemma mit: »Wenn wir den Griechen Erleichterungen gewähren, dann kommen die Portugiesen, Spanier, Iren ... und wollen auch«. Mit dem Rütteln an geltenden Vereinbarungen steht nicht nur das Projekt einer europäischen Weltmacht auf dem Spiel, sondern gleichzeitig die Autorität der europäischen Hauptmacht Deutschland. Daher die Unnachgiebigkeit eines Wolfgang Schäuble in der Griechenland-